



Italien liegt geographisch und politisch an der Peripherie des mitteleuropäischen Raumes. Es ist mehr eine mitteleuropäische als eine mitteleuropäische Macht. Es befindet sich den Donauländern gegenüber von Sizilien in einer weniger günstigen Lage als Deutschland. Während vieles von der Mitte des europäischen Raumes her auf die Donauländer kommen, bleibt unterhalb der südlichen darauf beschränkt, von den Küsten her Einfluß auf den donauländischen Raum zu erlangen. Seine Verträge, sich dort Stützpunkte zu schaffen, dienen in erster Linie der Sicherung seiner Herrschaft über die Küsten: Rom kann nicht zugeben, daß irgendein anderer Staat ihm das Recht streitig macht, aus der Adria ein italienisches Übergangsmittel zu machen. Was sich Südländern dieser Karibinalforderung, die militärischen Vorgesetzten, nicht widersteht, bietet Rom als Mittel an, um diesen durch sein Bündnis mit Frankreich gesicherten Wegener durch Einkreulung scharfmarkt zu setzen. Von der Adria her ist die italienische Ostpolitik zu verstehen. Es ist jedoch klar, daß diese Politik, je erfolgreicher sie ist, um so mehr dazu neigt, sich von ihrem adriatischen Ursprunge zu lösen, und mehr und mehr dazu kommt, die Stärkung des römischen Einflusses in Budapest, Wien, Bukarest, Tirano, Athen und Sofia als Selbstzweck und nicht mehr — wie es ursprünglich der Fall war — als ein bloßes Mittel zum Zweck zu betreiben. Das heißt: Die Verbindung mit Budapest z. B. wird nicht mehr bloß deshalb gesucht, weil von dort aus — zur Entlastung der italienischen Position an der Adria — ein Druck auf Südländern ausgeübt werden soll, sondern mehr langfristige als kurzfristige Zwecke, die einen ein politischer Faktor in der Weltverhältnisse zu Italien gebracht werden soll. Die Rücksicht darauf, ob der Gegenstand zwischen Rom und Belgrad vorliegt oder nicht. Bei der italienischen Südpolitik heißt es: der Appetit kommt mit dem Essen.

Man wird dem Wesen dieser Politik zweifellos nicht gerecht, wenn man sie bloß lediglich als eine Erhebungsmaßnahme wirtschaftlicher Interessen betrachtet. Rationell kommt es jedoch darauf an, sich in der Balkan- und Donauländern sehr abgemessene für seine Industrieprodukte und günstige Bezeugungen für seinen Bedarf an Rohstoffen und Agrarerzeugnissen zu sichern. Hinter den wirtschaftlichen Absichten aber steht als treibende Kraft eine imperiale Idee: Der Glaube, den der Sozialismus predigt, daß Italien berufen sei, die geistige Führung und das politische Protoktorat über den europäischen Südoften zu übernehmen.

Dieser Führungsanspruch löst überall, wo er erhoben wird, auf die entgegengesetzte Gegenpartei der französischen Diplomatie. Das schließt freilich nicht die Möglichkeit aus, daß Italien sich zu gemeinsamer Abwehr der Bestrebungen Deutschlands, auf die Gestaltung der südlichen Dinge Einfluß zu nehmen, gelegentlich auch mit seinen französischen Gegenpartei verbindet. Am deutlichsten ist die Überlegenheit der französischen und italienischen Interessen in Wien, dem beherrschenden Engpassort zu den Balkan- und Donauländern, in der Erscheinung. Es ist kein Geheimnis, daß die Kreise am Vorkriegs- und im Untertan in Rom einen Garantien ihrer finanziellen „Unabhängigkeit“ sehen und die „nationalsozialistische Gefahr“ von Österreich dadurch abzuwenden zu können, daß sie sich in die Gesellschaft der italienischen Saffianisten begeben, um auch es auch bekannt, daß die Pariser Diplomatie darauf hofft, auf dem Wege über die deutsch-italienische Konkurrenz im Südoften zu einer

Entfernung zwischen Berlin und Rom gelangen zu können. Aber es ist nicht notwendig, daß aus der Konkurrenz ein politischer Gegensatz wird. Daran kann auch Italien keine Nachteile bestehen. Denn allein wird Italien die französischen Vorkriegsbestrebungen im Südoften nicht befürchten können. Dazu ist die territoriale Ausdehnung der apenninischen Halbinsel zu schmal, und dazu ist das Schicksal der italienischen Inseln zu unglücklich. Der Einfluß Italiens auf die südeuropäischen Länder beruht auf dem Herrschaftsprinzip des imperium Romanum, dem Prinzip, durch ein weites Ausmaß der Gegenläufigkeit, die zwischen den Selbstherrschaften des Südoftens bestehen, zu bestehen. Mit dem verdrängte es imperia lassen sich aber nur dann mit Sicherheit dauerhafte politische Erfolge erzielen, wenn in Mächtigkeiten, die einer Gruppe von Ländern gegenüber bestehen, das ist im Raum der italienischen Ostpolitik nicht der Fall. Italien hat es dort nicht nur mit einer Gruppe von Mittel- und Kleinstaaten zu tun, mit denen es — wenn es dort allein als Führungsmaßnahme aufträte — vielleicht fertig zu werden vermöchte, sondern es hat dort mit den konkurrierenden Führungsansprüchen in einer anderer Größe, Deutschland und Frankreichs, zu rechnen; und von diesen Mächten ist ihm die eine geographisch und wirtschaftlich, die andere militärisch und finanziell überlegen.

Italien wird einsehen müssen, daß sich mit der Herstellung eines labilen Gleichgewichtszustandes, um den es sich seit zehn Jahren bemüht, wohl taktische Erfolge erzielen lassen, daß damit aber keine dauerhafte Festigung und Verfestigung erzielt werden kann. Denn ein solches Gleichgewicht ist ohne weitestgehende Gegenstände in den Bestrebungen der beiden Mächte, die stabile Ordnung herbeiführen kann, die es selber braucht, wenn es aus einer Zusammenarbeit mit den südöstlichen Ländern politisch und wirtschaftlich den größtmöglichen Gewinn ziehen will. Italien wird sich entscheiden müssen, mit welcher der beiden Großmächte es im Südoften an einem Strang ziehen will, mit Deutschland oder mit Frankreich. Mit Deutschland sind die gemeinsamen politischen Möglichkeiten der Zusammenarbeit gegeben. Wirtschaftlich wird sich zwischen den deutschen und italienischen Industrien ein Interessensausgleich sowohl und räumlich herbeiführen lassen. Politisch sind beide Staaten in gleicher Weise daran interessiert, daß die imperialistische Vorkriegspolitik Frankreichs, die von hier aus den europäischen Frieden gefährdet, aus dem Südoften verdrängt wird. Die beiden sind auch in der Hinsicht einig, daß sie mit Italien seine Position am Adriatischen Meer und im östlichen Mittelmeer weit fester ausbauen und weit erfolgreicher ausweiten können als heute, wo es an der Adria durch die französischen Einflüsse von Belgrad oder von Bukarest her fortwährend demütigt wird, und wo es im östlichen Mittelmeerraum der Anlehnung an England bedarf, das niemals zugeben wird, daß Italien dort eine auch die politische Stellung einnimmt, die Deutschland mit Italien im Südoften nicht gemeinam Suche machen, wird Frankreich immer der Zuspätker bleiben. Deutschland allein und Italien allein werden dort überhaupt die Rolle spielen können, die ihnen dank ihrer geographischen Lage und dank ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten zu fallen müßte. Aber Deutschland und Italien zusammen werden stark genug sein, um den Südoften der Südoften die politische Ruhe und ihren Vorkriegs den wirtschaftlichen Aufschwung zu sichern — das eine als militärisch und das andere als mitteleuropäische Macht. Dr. K. Redel.

## Polnische Pressstimmen zur Ostaussstellung.

„Dziennik Wdowski“ — „Kurjer Ponianski“ — „Gazeta Polska“.

„... Heute muß nur gesagt werden, daß die Eröffnung dieser Ausstellung trotz der Fieberhaften Vorbereitung eine feierliche Art der Vorbereitung, die sich auf die polnische Bevölkerung und die Bemühung, daß die Deutschen trotz ihrer Bestrebungen nicht auf ihre Pläne verzichten wollen, die sich gegenwärtig gegen Polen richten. Das kann sich nicht damit befinden, daß die Vorbereitungen des Reichskanzlers stiller durch seine Untergebenen junichte gemacht wurden.“ So heißt es in einem Bericht des „Dziennik Wdowski“ vom 6. Dezember. Dieser Bericht ist erschienen, nachdem die polnische Presse schon seit mehreren Tagen über die polnische Reise gegeben hatte, die durch einen Korrespondenten an Ort und Stelle über Art und Aufbau der Ausstellung zu unterrichten. Das „Ateneum“ des „Dziennik Wdowski“ stand also schon von vorher in der Luft. Es ist offensichtlich, daß diesem Blatte gar nichts an einer labilen Beurteilung der Verhältnisse und Ursachen der hier entstandenen Ausstellung liegt. Es kommt ihm nur darauf an, wenig auf die Ostaussstellung und den Worten an den Verhandlungen Deutschlands einen Gegenstand zu konstruieren, der überhaupt nicht beliebt.

Gegenüber derartigen Versuchen, Mißtrauen und Mißbilligung zu wecken, muß festgestellt werden: Es handelt sich hier keinesfalls etwa um eine Kampfanlage an Polen, sondern um ein Verkenntnis zur deutschen Stellung der Ostraussstellung. Es muß sich nicht um einen Beschäftigten zu schaffen zu führen, das das Bestreben, sich Rechenschaft abzulegen darüber, was das deutsche Volk im Osten an wirtschaftlichen und kulturellen Werten herangezogen hat — nicht nur zu eigenem Nutzen, sondern auch zum Vorteil anderer Völker. Das dieses Weltverhältnissen der deutschen Weltwirtschaft im Osten manchen Augen

in Polen und umgekehrt, das läßt sich wohl denken. Und daß bei einer Veranstaltung der Geschichte des deutsch-polnischen Grenzraumes manche leistungsfähige Behauptungen polnischer Propagandisten und manche unzulässigen Thesen polnischer Wissenschaftler die sachgemäße Richtigstellung erfahren haben, das versteht sich von selbst. Aber ist deshalb Polen schon in Gefahr? Und wird dadurch schon der Frieden gefährdet? Ist der Frieden etwa nur dadurch zu sichern, daß man über die Ostraussstellung die polnische Reise zu verhindern, nicht nicht? Es ist wohl nicht überflüssig, daß man befriedende Meinungsverschiedenheiten, anstatt sie zu verschweigen, freimütig erörtert, und wenn man vorhandene Spitzigkeiten, anstatt sie zu umgehen, aus dem Weg zu räumen versucht. Es ist nur notwendig, daß das in einer Weise geschieht, die keine neue Entzündung schafft und keine unerbötlichen Ansprüche weckt.

Man kann nicht behaupten, daß die Ostaussstellung gegen ihre Erwartungen verläuft. Der „Kurjer Ponianski“ vom 10. Dezember ist da natürlich anderer Meinung. Er bringt unter der Überschrift „Eine unerhörte Ausstellung“ einen längeren Artikel von Drobniak, seinem Berliner Korrespondenten. Er schreibt dort u. a.: Wenn irgend jemand irgen wann und irgen wann sich in Verbindung mit dem mit Polen liebäugelnden deutschen Wesen in der letzten Zeit der trügerischen Hoffnungen hingezogen haben sollte, daß eine wirkliche Änderung der deutschen Politik durch die Ostraussstellung zu erwarten sei, dann müßte es auf die Ausstellung „unerhörte Sachen und ein ganzes Arsenal revisionistischer deutscher Pro-





Stampe (Zusatz v. Ströbker, Oppeln) bringt wirkungsvoll die neue Kolonialpflanz im Verhältnis zu den alten Wohnplätzen. Der Einruck wird noch verstärkt durch die drei Schlesingerischen Karten von den friedenjählichen Siedlungen rechts der Oder in Schlefien (ausg. v. A. v. Droo, Berna, Ried-Schlef.). Diese überflüssigsten von Hülz. G. d. g. l. r. Verschiedenheiten sind im Vergleich mit dem Vordruck dank deutscher Arbeit klar heraus. Aus der Weltkarte, die Schlefien vor der deutschen Befreiung bildet, ist ein hübsches kleines Kulturland mit einer Fülle industrieller Unternehmen geworden. Besonders schön gelungen ist eine Karte (Entw. Hinrichs), die die Ergebnisse der Industrialisierungspolitik der preussischen Könige in 18. Jahrhundert schildert. Das Fortschritt der Städtekapitalien ist nur das der Textilindustrie, neben der alle anderen Gewerbe zurücktreten: Die Wolle-, Fein- und Seidenindustrie haben König Friedrich Wilhelm I. und König Friedrich d. Große teils neu gegründet, teils durch planmäßige Förderung auf eine große Höhe gebracht. Wir sehen, wie die Wolllandkultur in der Pommer, die Viehmännlichkeit in Schlefien sich konzentriert.

**K. o. j. e. O. - Ost- und Westpreußen** bietet eine Fülle von Material von größter nationalpolitischer Bedeutung. Wir sehen, daß der deutsche Orden bereits bis zum Jahre 1350 etwa 1483 deutsche Vorfürer zu je 20 Familien angeordnet hat. Regelmäßig und klar sind die Grundrisse der von ihm angelegten Städte. In der Zeit von 1466 bis 1600 find allein in dem Gebiet um Danzowien, Gollub, Cöhen, Angerburg, Seneburg, Johannisburg 655 Vorfürer neu begründet worden. Und wenn auch der Feind (Kartoren und Polen haben 1656 bis 1657 aus drei Kreisen nicht weniger als 5500 Menschen verschleppt und hunderte niedergemetzelt) und Seuchen (an der Pest haben 1709-11 etwa 240 000 Menschen, d. h. 40 p. h. der gesamten Bewohner Ostpreußens) förteliche Dücken riefen, so haben sie die preussischen Könige wieder zu Schlefien verhandelt. Friedrich I. führte 26 000 Menschen (jeweil Reliquies) ins Land, Friedrich Wilhelm I. umsehend 24 000 (Schneider, Pflüger, Salpurgier u. a.), Friedrich II. etwa 15 000.

In der Wirtnie zur rechten Hand hat das Staatsarchiv zu Königsberg kostbare Bücher aus dem Archiv des deutschen Ordens angefaßt. Wir dürfen einen Blick in das alte Hauptbuch des Erbkües, des Sinnenamtes des Ordens, tun und hellen felt: die Deutschherren waren ausgebreitete Rechner und sorgsame Haushälter mit peinlich genauer Buchführung.

Im der andern Wirtnie darf ein Nachweis über das Ergebnis einer vierjährigen Kulturarbeit in Westpreußen (1788-1786) als zureichend bemerkenswert konstatieren: Seit rund 200 000 Soler konnten 4000 Morgen Acker- und Wiesenland urbar gemacht, 2400 Morgen verbessert, zwei Seen zum Teil abgeteilt und trockengelegt werden.

Daneben wird von der polnischen Rentenbank in Bromberg in aller Form bezeugt, daß das abgetretene Seidenauer Gebiet eine übermäßig deutsche Bevölkerung habe!

**K. o. j. e. Grenzmark Polen-Westpreußen.** Eine Landkarte des Jahres 1709 zeugt von den ersten Verlusten Brandenburg-Preußens, eine Karte durch das damals in Polen gehörige Pommerellen nach Ostpreußen zu gemessen, und noch durch Aufkauf einiger Stachelstein, durch deren Gebiet die verbindenden Handelsstraßen führten.

Eine graphische Darstellung (Entw. Ulrich Wenzland) in der Mitte der Karte beleuchtet uns, daß 1772 bei der Besitznahme Westpreußens durch Preußen nur 270 Schulen vorgefunden wurden. Bereits nach acht Jahren waren sie auf die Zahl 523 vermehrt (daran allein 150 königliche Neugründungen). 1800 belief sich die Zahl schon auf 886. Doch Krieg und siebenjährige Fremdberrschaft hatten einen starken Rückgang zur Folge. 1813 gab es nur noch 649 Schulen im Land. Aber zehn Jahre heftiger preussischer Arbeit genigten, um alle Schäden auszumachen: 1825 waren es bereits 1383 Schulen! An den Jahren 1720-1740 hat König Friedrich Wilhelm I. allein in Ostpreußen 1500 Schulen eingerichtet, davon 1100 neu gebaut.

In der Mittelwirtnie liegen zwei besonders hübsch illustrierte Urkunden aus der Erlangungsertrag zwischen Russland und Preußen vom 13. September 1772 mit der Unterschrift der Sarrin Katharina und die Ratifikation der ersten Teilung durch den polnischen König Stanislaus August vom 30. Oktober 1773.

Im der Wirtnie zu beiden Seiten verdient besondere Beachtung die Bitte der polnischen Generalin Skorskowska an Brenkenhoff, der die neuen Grenzen zwischen Preußen und Polen festlegte, es habe zu dirigieren, daß alle ihre Güter preussisch müden! Blücher berichtet eigenhändig über ein Geleise, bei Schneidemühl im Jahre 1772; es griff mit 40 Bittaren 300 polnische Konföderierte an und nahm 4 Rittmeister und 80 Mann gefangen.

Die Sömmerener Chronik kümbet von einem politischen Meistertrich eines deutschen Vorfürs; es erklärte sich nach dem Polener Weihnachtsaufstand von 1918 zur selbständigen Republik und wurde von den polnischen und deutschen Truppen als neutral respektiert. Nach Unterzeichnung des Vertrages von Versailles folgte die „Republik Sömmerener“ dem Deutschen Reich an.

**K. o. j. e. 10. Brandenburg.** Den Mittelpunkt der Karte bildet eine Karte (Kam. Mittel), die die Verdienste der Leinortler Frankfurter a. d. O. in den Jahren 1506-1811 als geistiger Umhüllungsplatz zwischen Ost und West ins rechte Licht rückt.

Im Vorfall der interessierten Kreise wird eine kleine Probeunterfuchung finden, die unter dem Motto angefaßt wird: „Wie viele ich die Vorbesitzer märkischer Erbschaft sei.“

Im ferne exaltierte Lande scheinen uns Ortsnamen wie „Summatto“, Jamaika“ u. ä. zu verlesen. Es handelt sich indessen um auf deutsche Kolonialvorfürer im Kreise Olfenbergs, die ihre Namen einer Marotte des letzten Herrschers des Johanniterordens, Prinzen Ferdinand, verdanken, der den Anzil der Johanner am Wertberth urbar machen und besetzen ließ.

Im der Wirtnie zur linken Hand ist die Abnahme des Hans Gerhmann a. Kalle, der am 6. November 1730 in Rüllein enthaupet wurde.

**K. o. j. e. 11. Pommern.** Am der Rückwand können wir die aus dem Jahre 1618 stammende Karte des Eilhard Rubin von Pommern bewundern (Staatsarchiv Stettin), daneben find hiesig alte Stadtansichten, u. a. ein anspruchsvoll erhaltener Plan der Stadt Stettin vom Jahre 1721 anfangend. Als musterhaft kann die von E. G. o. b. r. a. n. d. Stettin, angelegte Karte von der Verteilung der Grundbesitzverteilung in Pommern bei Aufhebung der Erbuntertänigkeit im Jahre 1808 gelten.

**K. o. j. e. 12. Schlefien.** Auch in dieser Karte gruppierten sich schöne Ansichten schlesischer Städte um eine alte Landkarte: sie stellt Schlefien im Jahre 1561 dar und stammt von Martin Selow. Auf drei darunter angebrachten Blättern können wir die Entdeckung der Schiefelstein in Pommern verfolgen. In der Wirtnie zur rechten Hand finden wir drei Darstellungen der Mongoleninvasion des Jahres 1241, in der Herzog Heinrich II. bei der Verteidigung Schlefians gegen den Einbruch der asiatischen Völker in Europa den Heldentod fand. In den mittelalterlichen Bilderrollen, die die Hebmischgilde in Breslau, darf diese Schlacht nicht fehlen. Man kann an dem Rebenreiner der drei Bilderbogen von Bildern der Jahre 1353, 1451 und 1504 vergleichen, wie man dasselbe Motiv in drei Jahrhunderten zu gestalten verfuhr.

Auf die kulturelle Wirksamkeit der Mutter des Gefallenen, der Heiligen Hedwig, einer fränkischen Fürstentochter, weisen drei alte Darstellungen aus ihrem Leben auf der gegenüberliegenden Wand hin.

Eine Hälfte der Karte ist besonders Oberflächlich gemindert. Das Städtische Museum in Oppeln hat dazu einige alte Ansichten der Stadt u. a. beigeleuert.

Ein Innuagschild der Breslauer Weißgerberinnung vom Jahre 1644 soll an die große Bedeutung dieses Gewerks erinnern. Von den Festungen älterer deutscher Architektur in Schlefien vermissen einige Photokopien eine gute Aufbaumung.

Die Polen bedienen sich bei ihren propagandistischen Beweishörungen sehr gern historischer Argumente. Wir glauben, daß eine unvoreingenommene und nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen betriebene Geschichtsbetroachtung nur um so klarer und eindeutiger die unüberhörbaren deutschen Kulturleistungen und Rechte im Osten aufweisen wird. Eine kleine Aufbaumung davon wird auch der Besucher der Abteilung „Ostdeutsche Vergangenheit“ mit nach Haus nehmen.

## Wo gehe ich zwischen Weihnachten? und Neujahr hin.

Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort:

## In die Ostausstellung

Berlin N 54, Lothringer Str. 1 (Nähe Hofst-Wesfel-Platz)

Eintritt 20 Pf. Geöffnet täglich (außer am 1. Weihnachtsfesttag) von 10-20 Uhr.

# „Die ostdeutsche Grenzbücherei“.

Ein Gang durch die gleichnamige Abteilung der Oflausstellung des Bundes Deutscher Offen.

Von Charlotte v. Hesse, Bibliothekarin im „Grenzbüchereidienst“.

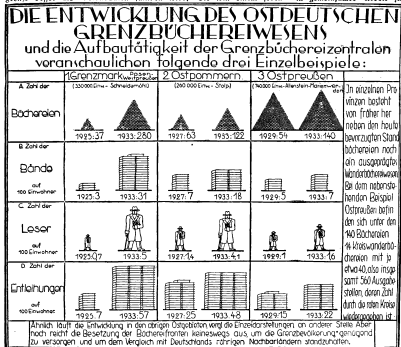
Die ostdeutsche Grenzbücherei will dem lebendigen Kulturwoll dienen, deren nach dem Wort des Oberpräsidenten Rube unsere deutsche Offener besser als Belohnungen schätzen wird. Sie will einem jeden

stellen in Berlin, die Grenzbüchereireisende und die Führer der Landesgruppen des BVO in den Grenzgebieten leben Schüler an Schülern in gemeinsamer Arbeit zur Kräftigung des ostdeutschen Menschen, zur Wahrung des ostdeutschen Stammes.

Sehr eindrucksvoll lassen je eine Karte von Ostpreußen und Niederhessen den Anführer der fremden Kulturen auf ostdeutschen Boden erkennen. In Ostpreußen verdrängen die polnischen und litauischen Bestrebungen bis weit in reichsdeutsches Land hinein, Niederhessen muß seine kulturelle Gegenwart gegen die doppelte Grenze nach Polen und der Etschhollosteck einrichten.

Dem gegenüber wird die Entwicklung des ostdeutschen Grenzbüchereiwesens auf der nebenstehend abgebildeten Tafel gezeigt. Drei Beispiele veranschaulichen sie: Die Grenzmark Posen-Westpreußen, Ostpreußen und Ostpreußen. In einzelnen Provinzen besteht von früher her neben den heute bevorzugten Standbüchereien noch an ausgedehnten Wanderbüchereiwesen. Bei dem nebenstehenden Beispiel Ostpreußen befinden sich unter den 140 Büchereien 1/4 Kreiswanderbüchereien mit je etwa 40, also insgesamt 560 Ausgaben stellen, deren Zahl durch die roten Kreise markiert ist.

Von den tatkräftigen Bemühungen um dieses Ziel zeugen die Leistungen der örtlichen Grenzbüchereizentralen ebenso sehr, wie die ihrer Mittelstelle, des „Grenzbüchereidienst“ in Berlin. Man erfährt, daß der „Grenzbüchereidienst“ in der letzten zehn Jahren 359 175 Bände im Werte von 1 587 095 RM. in die deutschen Grenzgebiete gesandt hat und sieht auf einer ostdeutschen Postkarte viele Eisen-



Diese Abbildung ist die Zwickauer eines farbigen Originals. Die dort roten Kreise sind hier durch

Volksgruppen an der Grenze das deutsche Buch neugierigen und damit die Grenzbevölkerung an anderer Stelle aber gefandt hat und sieht auf einer ostdeutschen Postkarte viele Eisen-

Auf einer großen Deutschlandkarte leuchtet dem Beschauer in roter Farbe das reichsdeutsche Grenzbüchereizentrum entgegen. Man sieht, wie der Schwerpunkt der Arbeit durchaus in den östlichen und südöstlichen Grenzgebieten liegt. Mittelstelle der gesamten Grenzbüchereiarbeit ist der „Grenzbüchereidienst“ in Berlin (333, Neue Spandauer Straße 4). Von ihm aus laufen Strahlen nach allen Grenzländern, und zwar nach der Grenzbüchereizentrale eines jeden Grenzgebietes, die ihren Büchereiarbeitsplan gemäß der landwirtschaftlichen, sozialen und weltanschaulichen Eigentum der zugehörigen Grenzbevölkerung entwickelt.

Sinn und Ziel der ostdeutschen Grenzbücherei sind auf einer großen Texttafel bekannt, der folgende Leitgedanken entnommen sein:

Die ostdeutsche Grenzbücherei kämpft mit dem Buch für die Selbstbehauptung deutschen Volkstums an der Grenze;

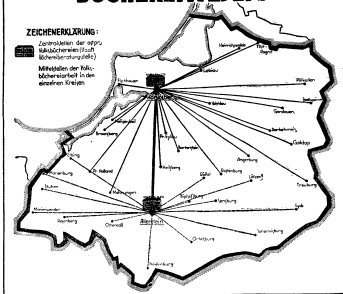
sie verbindet das Heimat- und Stammesempfinden mit dem gesamten deutschen Volkswirtschaften;

sie macht den einzelnen Volksgenossen zum bewussten Träger des Staatsgedankens;

so macht die ostdeutsche Grenzbücherei am Werden des einzigen deutschen Volkes.

Eine andere Texttafel unterrichtet über die Organisation der gesamten Arbeit, über die Einzelaktionen des „Grenzbüchereidienst“ und der Grenzbüchereizentralen und weist auf die gemeinsame Arbeit mit dem Bund Deutscher Offener hin: „Der Grenzbüchereidienst“ hat der Bund Deutscher Offener als Zentri-

## AUFBAU DES OSTPREUSSISCHEN BÜCHEREIWESENS





# Die Deutschenheke in Estland und die Freiheitskämpfer.

Die vom estnischen Exilium unter marxistischer Führung gegen das Deutsche Reich in Estland entfesselte wilde Hetze hat Verhältnisse der zivilisierten Staatsentwicklung zur Folge gehabt, die der Staatsregierung die schwerste Krise, mit Verzicht auf alle Erhebungen gegen die deutsche Nationalsozialistische Bewegung vorgehenden, und die Polizeimaßnahmen bestanden zunächst im Verbot des in Riga erscheinenden nationalsozialistischen Pressorgans und des Rigaer Deutschen Klubs, dessen Mitglieder zu einem großen Teil baltische Nationalsozialisten waren und der den Charakter eines politischen Debattierklubs trug. Ferner wurden führende Persönlichkeiten der deutschen Exilbewegung aus Riga ausgewiesen und es wurde ihnen verboten, der Führer S. von zur Vöhrden und einer seiner nächsten Mitarbeiter, Ernst Kurlmann, verhaftet. Die über beide verhängte Haft wird auch eben noch aufrechterhalten. Die estnische Staatspolizei ist insofern bei diesen Maßnahmen nicht feindselig, obwohl der amtlich verlautbarte Zweck des Vorgehens — die Ausschaltung der Deutschen Nationalsozialistischen Bewegung aus dem politischen Leben des Landes — damit voll und ganz erreicht worden wäre. In der dem Druck der weiterhin andauernden Hege mittle nimmt auch die politische Polizei der estländischen Provinzialstädte ihre Dolmetscherstellung daran und begnnt dort, zum Deutschen gehörige Männer und Frauen mit Hausdurchsuchungen und politischen Vernehmungen zu drangsalieren. Von keiner der bisher veröffentlichten amtlichen Berichterstattungen und Pressemitteilungen über die Ergebnisse der Polizeiaktion kann etwas Sicheres aus irgend einem Grunde bekannt werden. In Material gefunden worden ist, welches feststellen könnte, das lokale Verhalten der deutschstämmigen estländischen Staatsbürger ihrem Lande gegenüber in Frage zu stellen. Ein derartiges Material wird auch kann gar nicht gefunden werden, da es nicht existiert und nie existiert hat. Dießem Umstände ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die politischen Erhebungen immer weitere Kreise ziehen. Man will den Rest der Welt mit dem Preis eines einzigen Wortes erreichen, das Vorhaben der Staatsgewalt zu rechtfertigen. Es ist besonders kennzeichnend für die Polizeimaßnahmen sowohl in der Hauptstadt als auch in den kleineren Städten des Landes, daß der Kreis der von der Verfolgung betroffenen Personen durchaus nicht nur die Männer umfaßt, die gesinnungsmäßig Nationalsozialisten sind, auch wölklich aufrechte Männer, die dem Nationalsozialismus fernstehen, werden von ihm erfaßt. Von den polizeilich verfolgten sind auch eine große Zahl teilsweise deutsche Frauen werden Opfer der Polizei-Routine, so daß stellenweise mit Recht von einer allgemeinen Deutschenverfolgung geredet werden kann. In Riga, Dorpat, in Saarlau, Wendenberg und Norma, auch auf dem flachen Lande werden adorbare, unbesoldete Männer und Frauen tagelang verhaftet, ja wenn man besonders gefährliche Staatsverbrecher ihnen vermutet, zum Verhör in die Hauptgefängnisse ihrer Wohnorte werden zusammengeführt. Auf diese Weise wird für niemand als für die Verletzten belangreiche Aufrechterhaltung beflagmachtet. Was ist das Ergebnis? Im Jettbruch, mit schreienden Überschriften bringt die estnische Zeitpresse die Meldung, bei einem deutschen Deutschen in Danzig wird ein Verstoß gegen die Ehre des deutschen Volkes und der deutschen Nation begangen worden. Daß man weiter, so entdeckt man allerdings, daß von dieser Leistung des Reiches ist und daß der Danzig allgemein als Urheber milder

Projekte und phantastischer Utopien verfahren ist. Ganz zum Schluß findet sich dann, an möglichst vorzoger Stelle, die Notiz, daß die unterstehende Behörde diesem Verstoß eine erhebliche Bedeutung nicht beizulegen könne und der gesagte deutsche Danziger seiner Haftentlassung entgegenstehe. Eine weitere interessante Sentenz lautet die Entdeckung der geheimen Polizei, die Frau eines deutschstämmigen Arbeiters in einer kleinen Provinzialstadt hätte in einem Briefwechsel mit einem Deutschen im Reich einen Schüleraustausch zwischen Deutschland und Estland angeregt. Die estnische Presse macht daraus den landesverherrlichenden Versuch, das estnische Volk mit Hilfe von 20 reichsdeutschen Nationalsozialisten-Schülern zu germanisieren. Man sieht, die deutsche Presse ist nicht weniger feindselig als erhaben und beschämend, um so beabsichtigt ist es, daß diese Mittel aufwendend wirken. Ein oft zitiertes Wort spricht davon, wie wenig Weisheit doch dazu gehört, um die Welt zu regieren. Mit sehr viel mehr Recht könnte man wohl angeführt dieser estländischen Vorgänge bebauen, daß ein vergebend geringer Aufwand von Menschheit dazu nötig ist, um ein Volk gegen das andere in Spornisch zu bringen. Wenn man sich die Frage vorlegt, wer den Vorteil aus dieser Feindsicht, so sind das die Marxisten mit dem internationalen Jubelstum im Hintergrunde. Das estnische Volk aber wird zum Schluß die Sache zu bejahen haben, wenn es nicht rechtzeitig zur Besinnung kommt. Hier sind es wiederum die estnischen Freiheitskämpfer, die in klarer Erkenntnis, daß der mehr Lebens in des estnischen Volkes nicht der deutschstämmigen Exilbewegung, sondern dem estnischen Volk selbst zu liegen liegt, die sich gegen die Volkserbehrer eingeleitet haben. Die Freiheitskämpfer haben beim Präsidium der Staatsversammlung als der hierfür zuständigen Stelle einen über den Kampf gegen den Marxismus bestimmten Gesetzesentwurf eingebracht, der das Verbot der Sozialistischen Arbeiterpartei und aller übrigen marxistischen Organisationen fordert. Der Entwurf enthält u. a. auch die Bestimmung über den Ausschluß aller Sozialisten aus dem öffentlichen Leben. Zudem sei eine Einheitspartei der kommunalen Vertretungskörper aus der Staatsversammlung und des Kommunisten der kommunalen Vertretungskörper aus der Staatsversammlung. Die Begründung dieses Schrittes führen die Freiheitskämpfer an, daß die Marxisten Estlands sich in ihren politischen Zielen von den Kommunisten, deren Parteiorganisation in Estland bereits verboten ist, in gar nichts unterscheiden. Sie erstreben, wie diese, eine Diktatur des Proletariats und sind bei der ersten günstigen Gelegenheit, ebenso wie diese, bereit, dieses Ziel mit allen Gewalttaten zu erreichen. Zudem sei eine Einheitspartei zwischen den Marxisten in der heute noch legalen Sozialistischen Arbeiterpartei und den Kommunisten im Entstehen, in wenigen Tagen würde sie vollendete Tatsache sein. Die endliche Unschlüsslichkeit dieser Organisationen sei daher das Gebot der Stunde. Wenn auch das jedoch noch am Ende befindliche Exilium dem Antrag der Freiheitskämpfer, das Verbot über den Kampf gegen den Marxismus und die Verbot der Sozialistischen Partei zu lassen, entgegensteht, so ist die verfassungsmäßige Vorberatung hierzu nicht gegeben, so ist für Volk und Staat die in scheidend wichtige Frage damit doch gelöst und noch keineswegs endgültig beantwortet worden. Das estnische Volk wird bei den kommenden Staatsversammlungs- und Staatspräsidentenwahlen vor der Entscheidung stehen, welchen Mächten es seine Zukunft anvertrauen will: den Esten, dessen Minister ihre Regierung nur ihren marxistischen Bundesgenossen verdanken, oder aber den Kämpfern für wölkische Erneuerung. — 19 —

## Ostland-Woche.

### Neuer litauischer Gewaltstreik im Memelband.

Der Gouverneur des Memelgebietes hat am 18. Dezember dem Memel-Direktorium eine Eile überreicht, auf der die Namen von 100 Personen verzeichnet sind, die im öffentlichen Leben leben und nicht die litauische Staatsangehörigkeit besitzen. Diese Personen soll die Ausübung des Dienstes in Zukunft nicht mehr gestattet sein. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um Deutsche. Von den Betroffenen sollen 32 bereits innerhalb eines Monats, und zwar bis zum 1. Juli 1934, ausgeschieden. Hierunter befinden sich auch 14 Polka- bzw. Mittelschullehrer, sowie Oberlehrer, Gymnasiallehrer und zwei Metzgermeister. Am 1. April sollen dann weitere 34 und bis zum 1. Juli 1934 die restlichen 34 Personen aus dem Dienst ausgeschieden. Im Zusammenhang mit diesem Schritt hat der Gouverneur des Memelgebietes dem Präsidium des Direktoriums eine Eile mit den Namen der in litauischen Schulen tätigen Lehrer überreicht, aus der die Kandidaten entnommen werden sollen, wenn durch das Ausschreiben der nichtlitauischen Lehrer ein Mangel an Lehrkräften im öffentlichen Leben entsteht. Ferner sollen weitere Maßnahmen gegen das Memel-gebiet ergreifen. U. a. verläuft, daß bei den memeländischen Gerichten in Zukunft im Schriftlichen Verkehr mit Zentralbehörden nur noch die litauische Sprache gestattet werden soll. Auch heißt es, daß die auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung stehenden Parteien des Memelgebietes verboten werden sollen. In der litauischen Presse ist die Eile der Generalkonful in Memel hat einige Vorstellungen beim Gouverneur des Memelgebietes wegen Verletzung des Memelstatuts erhoben. Deswegen hat der deutsche Gesandte in Rombo bei der litauischen Regierung wegen der Verletzung des Memelstatuts ausdrückliche Einsprüche erhoben.

### Verband der Polen in Danzig.

Der vor einiger Zeit eingeschickte „Verband der Polen“ in Danzig, der nach dem Aufheben der polnischen Exilbewegung in Danzig eine Organisation der in Danzig lebenden Polen sein soll, ist jetzt mit seiner Organisation nahezu fertig. Er soll im Gegensatz zu der durch ihn immer mehr verdrängten früheren Organisation „Gmina Polska“, die nur Danziger Staatsbürger als Mitglieder aufnahm, „Polen Danziger und polnischer Staatsangehörigkeit und andere Personen polnischer Abstammung aus Danzig umfassen“. An „Organen“ hat die erste Sitzung des Obersten Rates des Verbandes statt, an der auch Vertreter des polenpolitischen „Verbandes der Regionäre“ teilnahmen. Dieser Verband der Regionäre soll das ideale Protektorat über den „Verband der Polen“ in Danzig übernehmen.

### Die Gemeindevahlen in Galizien.

Als das Ergebnis der Gemeindevahlen in den vier Wojewodschaften Galiziens verkünden die Regierungsbücher einen Sieg. Von insgesamt 206 Mandaten sind 1469 der Völk der Regierungspartei zugefallen. 239 Mandate erhielten die Juden, 181 die Ukrainer und 217 jüdischen. Die deutsche Bevölkerung in Galizien hat sich an den Gemeindevahlen nicht beteiligt. In etwa der Hälfte der Gemeinden war allein über die Regierungspartei abgestimmt, wobei die übrigen Listen entweder zurückgezogen oder für ungültig erklärt worden waren. In einer Gemeinde des Krakauer Bezirks wurden über 200 Stimmen mehr gewählt als Wähler vorhanden waren — „tote Stimmen“.



## Der „Jungermarsch“ nach Deutschland.

Am 1. August d. J. hatte es in der oberösterreichlichen Industriegemeinde Schwarnwald Arbeitslosenunruhen gegeben. Die Arbeitslosen, in größter Erregung über die erneute Kränkung ihrer geringen Unterhaltungen und ohne jede Aussicht, wieder Arbeit zu erlangen, hatten einen Umzug vorzunehmen, um etwa 150 von ihnen waren über die deutsche Grenze nach Hünzleburg-Jaborje gezogen. Die Grenzbeamten waren so verblüfft, daß sie keinen ernstlichen Versuch machten, den Grenzübertritt zu verhindern. Die Arbeitslosen, die auf deutscher Seite gut untergebracht und verpflegt worden waren, kehrten nach einigen Tagen zum größten Teil nach Polen zurück. Am 12. September fanden nur 36 von ihnen vor der königlich-polnischen Grenzkommission am ungarischen Grenzübertritt zu verurtheilt. Die Übrigen sollen bei dem Marsch nach Deutschland „Heil Hitler“ und „Krieger mit Polen“ gerufen und deutsche Fieder gefangen haben. Der Staatsanwalt beantragte strenge Bestrafung, weil die Flüchtlinge durch ihr Verhalten den polnischen Staat beleidigt und sein Ansehen geschädigt hätten.

## Eine polnische Volkshochschule in Weuthen.

Am 10. Dezember wurde in Weuthen (O.S.) eine polnische Volkshochschule in feierlicher Weise eröffnet. Die Eröffnungsgesänge an der nach den Berichten der polnischen Presse jahrelange Polen aus Weuthen und Umgebung teilgenommen haben sollen, fand im „Polnischen Hause“ statt. Die neue polnische Bildungsanstalt soll den Zweck haben, polnische Kultur und Wissenschaft in den einfachsten Schichten der polnischen Minderheit zu verbreiten.

## Beschäftigung von Reichsdeutschen in Straßburg.

Das Bürgergericht in Cosmsh verurteilte am 8. Dezember den Prinzen Esterházy von Hohenlohe um Angehörigen aus Rosenheim zu Geld, Strafe und zur Ertragung der Gerichtskosten, weil er ohne Genehmigung des Wojewoden neun Reichsdeutsche beschäftigt habe. Es handelt sich um Angestellte, die seit mehreren Jahren in den Diensten der Hohenlohe'schen Verwaltung standen. Der Prinz habe, so heißt es in der Anklage, durch die Beschäftigung der Reichsdeutschen gegen das allgemeine nachtheilige Gesetz vom Schutze der Arbeitsmarkten verstoßen. Der Angeklagte erklärte vor Gericht, er habe geglaubt, um die Genehmigung des Wojewoden nicht nachsuchen zu müssen, da ihm ein Mitglied der Gemischten Kommission auf Verlangen mitgeteilt habe, daß das

in Frage kommende polnische Gesetz den Bestimmungen des Genfer Abkommens widerspricht und daher in der Wojewodschaft Schlesien keine Gültigkeit hat.

## Ein deutscher Vertrauensmann in Sobran verurteilt.

Vom Amtsgericht in Sobran ist der deutsche Vertrauensmann Paul Klimek wegen angeblicher „staatsfeindlicher Aufregungen“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er soll diese gegen den polnischen Staat gerichteten Aufregungen vor dem Monaten getan haben. Die demselben Verurthung nach dem Amtsrichter Sobran ergab nichts Bedeutendes, später aber ließ ihm Gericht ein „Polizeiprotokoll ein, nach welchem der Sohn des Gemeindevorstehers von Solowatz, Klimek's Sohn, Angaben gemacht hatte, die ein Prozeßverfahren möglich machten. Vor Gericht konnte die neue aufgetragene Zeugen den Angeklagten nicht beibringen. Als der Richter den um er den Zeugen befindlichen Sohn des Gemeindevorstehers darauf, was er im Protokoll verzeichneten Angaben befragte, erklärte dieser Zeuge, daß er das Protokoll nur unterzeichnet hätte, weil ihm von polizeilicher Seite dafür eine Belohnung in Aussicht gestellt worden sei. Erwidern wurde Klimek verurteilt. Er hat Berufung angemeldet. Gegen den zweifelhaften Zeugen soll ein Verfahren eingeleitet werden.

## Polnische Schulen ohne Kinder.

Redt interessante Zahlen über die Minderheitschulen in Opprun liegen aus dem Vankreis Allenstein vor, der 1041 Schüler zählt, wovon 167 polnische Schulen besuchend. In Dietrichswalde besteht eine polnische Schule, die zuletzt nur ein einziges Kind als Besucher aufwies und in der letzten Zeit ohne Schulaufschluß blieb. Gr.-Paderben weist 11, Werritten 15, Gillau 9, Gornow 10, Seckelbork 20, Lautzig 20, Schönfeld 15, Gr.-Vellhorn 1, Wemitten 11, Brunsowalde 12, Neu-Weßtrina 14, Neu-Raleika 22 Schulkinder in den polnischen Schulen auf. Am Kreise Rößel befehrt nur in Sternsee eine polnische Schule, die von 3 Kindern besucht wird.

## Deutscher Vater ausgewiesen.

Der Deutsche Franziskanerpater Kempf, der lange Jahre die Betreuung der deutschen Katholiken in Polen inne hatte, ist plötzlich von den polnischen Behörden ohne Angabe von Gründen ausgewiesen worden. Auch ein Schritt seiner vorgesetzten kirchlichen Behörde in Warschau blieb ohne Erfolg.

# Sejm ohne Sensationen.

## Wrest — Außenpolitik

Den Wiederparlamenten des Vorboaner Sejm hat man mit einiger Spannung entgegen. Man erwartete eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. Und zwar in drei Fragen: Dreier Drostej, Verfassungsreform und Außenpolitik. Aber keine der erwarteten Sensationen trat ein. An der Eröffnungssitzung des Sejm, die nur 12 Minuten dauerte, mußte die Opposition sich darauf beschränken, die offizielle Mitteilung des Sejmarchivs über das Inkrafttreten der Dreier Urteile mit einer Sympathiebekundung für die verurteilten Bauern- und Einkäufer zu beantworten. Der Regierungsblick hatte keinen Anlaß, zu dieser Demonstration irgendwelche Stellung zu nehmen.

Ebenso wenig ist es zu der von der Opposition angekündigten Aussprache über die außenpolitische Lage gekommen. Die Nationaldemokraten begnügten sich damit, im Sejm die sofortige Einberufung des Außenpolitischen Ausschusses zu fordern. Diefem Verlangen leistete der Vorsitzende des Ausschusses, Süch Radziwiłł, Folge. Er stellte jedoch, als sich die Mitglieder versammelt hatten, kurzweilig fest, daß kein Material zur Beratung vorliege und daß ihm daher nichts übrig bliebe, als die Sitzung sofort wieder zu schließen. Die Opposition nahm diese einfache Methode, mit der sie hier am Reden verhindert wurde, ohne Widerspruch hin. Die polnische Regierung wünscht, bis auf weiteres jeder außenpolitischen Debatte aus dem Wege zu gehen. So ist auch die Erklärung eines nationaldemokratischen Abgeordneten im Sejm, daß innerhalb von zwei Jahren eine kriegerische Auseinandersetzung mit Deutschland unausbleiblich sein werde, von Regierungsseite unbeantwortet geblieben. Außenminister Beck hat erklärt, daß er sich erst in einigen Wochen zur außenpolitischen Lage zu äußern gedenke; zur Zeit hätte er nicht die Absicht, im Parlament hierüber zu sprechen; und die Opposition hat keine Möglichkeit, ihn zum Sprechen zu zwingen.

Auch die Verfassungsreform, mit der sich der Sejm jetzt endlich zu beschäftigen hat, ist keine Sensation mehr, da die Grundzüge des Regierungsentwurfes schon seit langem bekannt sind. An der Spitze des Staates steht der Staatspräsident. Die Befugnisse des Präsidenten sind eine wesentliche Stärkung erfahren. Er ernannt und entläßt den Ministerpräsidenten, den ersten Präsidenten des Obersten Gerichts, den Präsidenten der Obersten Kontrollkommission, den Chef der Zivilkammer, den Generalinspekteur der Streitmacht und den obersten Heerführer. Er ernannt weiter die Richter des Staatsgerichtshofes; er hat das Recht, den Sejm und den Senat auszulösen, einen Teil der

## — Verfassungsreform.

Senatoren zu ernennen, bei Beendigung seiner eigenen Amtsperiode einen Nachfolger vorzuschlagen, fernab das Recht, Regierungsmitglieder dem Staatsgerichtshof auszuliefern und das Verhängnisvollste über den Staat zu erlassen. Der Staatspräsident wird auf die Dauer von sieben Jahren gewählt. Der Kandidat für den Präsidentenposten wird von einer Versammlung von Wahlmännern gewählt, der folgende Personen angehören: der Staatsmarschall und der Sejmarchivall, der Ministerpräsident und der Erste Präsident des Obersten Gerichts, der Generalinspekteur der Streitmacht sowie 75 der „würdigsten und herorragendsten Bürger“, von denen 50 vom Sejm und 25 vom Senat gewählt werden. Für die abtretende Staatspräsident mit dem von diesem Gremium vorgeschlagenen Kandidaten einverstanden, so gilt dieser als gewählt. Benannt der abtretende Staatspräsident, jedoch ohne anderen Kandidaten, dann wird die Wahlfindung zwischen beiden durch Volksabstimmung getroffen.

Als gelegentliche Körperschaften bleiben Sejm und Senat, jedoch mit wesentlichen Änderungen ihrer Befugnisse, bestehen. Der Sejm wird in allgemeiner und geheimer Wahl für fünf Jahre gewählt. Nach dem Ermessen des Staatspräsidenten oder auf Antrag von mindestens der Hälfte seiner Mitglieder kann der Sejm zu außerordentlichen Sessions einberufen werden. Die Abgeordneten sind nur einmal gewählt beschränkt; für die Einkammer ist nicht mit den Seimarbeiten zusammenhängend, haben sich die Abgeordneten mit andere Bürger zu verantern. Der Senat legt sich aus 120 Senatoren zusammen. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Senatoren nach dem Altersrecht ihrer Berufung aus. Ein Drittel der Senatsmitglieder wird vom Staatspräsidenten ernannt; der Rest wird gewählt. Und zwar steht das aktive und passive Wahlrecht nur aus einem bestimmten durch Gesetz benanntem Personenkreis zu. Der erste, nach den Grundzügen der neuen Verfassung zusammengesetzte Senat wird von polnischen Bürgern gewählt, die mit dem Orden „Virtuti militari“ und dem Unabhängigkeitskreuz ausgezeichnet sind. Durch diese Verfassung wird das Fürstprinzip im politischen Leben Polens gänzlich anerkannt. Die Demokratie ist nicht nur gesetzlich etabliert; ihre Formen dagegen bleiben zum Teil sehr lebensfähig im Sejm, auch erhalten. Der Sejm (neben der Regierung) das Recht der Gesetzesinitiative, und der Staatshaushalt bedarf seiner Zustimmung. Seine Finktheit, wirksame Opposition gegen die Regierung zu treiben, ist jedoch durch die gesetzgeberische Überordnung des Senats und durch das Vetoerordnungsrecht des Staatspräsidenten auf ein Minimum beschränkt.

## Die bildende Kunst des Ostens auf der Ausstellung.

Es ist die bildende Kunst, in der der Mensch sein innerstes Wesen, sein Sehen und sein Sehnen offenbart, sein Erlebnis festzuhalten, ihm Form und Gefühl zu geben und es auf seine Weise zu deuten versucht. Aus diesem Grunde war es von vornherein klar, daß in der großen Ausstellung über die bildende Kunst des ostslawischen Mittelalters und der Neuzeit, welche in der Ausstellung über die bildende Kunst des Ostens überliefert werden, die bildende Kunst im Vordergrund stehen sollte. Die bildende Kunst ist (neben der künstlerischen Verarbeitung im geschriebenen Wort) in erster Linie dazu berufen, das Wesen des ostslawischen Menschen in seinen künstlerisch-schöpferischen Werk zu offenbaren, ist weiterhin am besten geeignet, das Selbstbild der ostslawischen Landschaft und ihrer Menschen abzurufen und zu ergründen, sie so zu zeigen, wie sie die Heimatgebundenheit des Ostens in qualitativer Hinsicht darstellt.

Das läßt ein Unterrichten auf verschiedene Schwierigkeiten stoßen würde, war vorauszusetzen. Zunächst ließ sich die allzu knapp bemessene Zeit ein langes Suchen und Wählen nicht zu. Es ist einfacher, aus Archiven und Museen Dokumente und Selbstzeugnisse herauszuheben und Karten zeichnen zu lassen, als in derselben kurzen Zeit die Künstler und ihre Werke zu sichten, die das typische Landschafts- und Menschenbild des Ostens in qualitativer Hinsicht darstellt. Nicht leicht war es auch, eine glückliche Lösung der Frage zu finden, wie die Bilder im Ausstellungsraum gebildet werden sollten: nach geographischen Gesichtspunkten oder nach künstlerischen Erwägungen. Vermerkt werden muß, daß eine Reihe von Künstlern trotz Einbindung keines ihrer Werke eingestellt haben und daß andere sich mit Bildern einstellten, die sich nicht in der Form des Ostens für die Ausstellung eigneten, also nicht verwertet werden konnten.

Die Kunstausstellung der Ausstellung, die leider unter der Ungunst der Licht- und Raumverhältnisse zu leiden hat, soll lediglich als ein Versuch gemertet werden, aus dem für die Zukunft gelernt werden kann. Es sind hier neue Wege beschritten worden; und an den Besucher muß die Bitte gerichtet werden, nicht mit dem zurückweisenden Schwallot des Kritikers und Kunstforschers, an die Kunstausstellung herzutreten und nicht nur die negative heranzukehren, sondern zu versuchen, das Lebendige des Bildes auf sich wirken, die Persönlichkeit der Künstler durch ihr Werk zu sich sprechen zu lassen und den Reiz der oft verkommenen ostslawischen Landschaft — nachdem er sie vor-

her in Photos gesehen hat — hier auch im gemalten Bild zu erleben. Die Abteilung „Bildende Kunst“ ist entsprechend dem Gesamtanbau der Ausstellung im ersten und zweiten Stock untergebracht. Dort, in der Porträtabteilung, wird der Mensch des Ostens und hier, in der Landschaftsabteilung, das Land des Ostens gezeigt. Die ostslawische bildende Kunst ist erfährt, der Mensch des Ostens, das Land, das er um sich schließt, hat dort einen Ort und der im wörtlichen Kampfe zum selbstbewußten Wesen erwachte Grenzlanddeutsche, oft wortkarg und verstohlen, aber auch selbstbewußt und stolzer im Wollen. Der „Jartok“ dieses Landes findet sich wieder auf ihren Bildern: „Man nehme nur das Selbstbildnis Otto von Kurlands, das Porträt eines Schlesiens aus der Kessel oder das Selbstbildnis eines Ostslawen, das die Ostslawen in der Landschaftsbilder sind, leidet anging, nach geographischen Gesichtspunkten angebracht worden. Sie geben so einen verhältnismäßig unvollständigen Überblick über die Landschaft des Ostens. Zahlenmäßig am stärksten sind wohl die Kräfte der Werbung und das Samland vertreten. Sie sind vielleicht aus das verlockende Motiv mit ihren Öfen und den Meer, mit ihrem Stillstand und Schöpfen — hinter den Ozean, die hier vertreten sind, ist Daniel Stachus wohl mit an erster Stelle zu nennen. Seleno von Hoerners „Blick von der Düne aufs Meer“ (Campera) trägt keine Ruhe aus, während über Janekes monumentales „Sterbender Wald“ geheimnisvoller Zauber liegt. Die herbe Luft grenzüberschreitender Landschaften wird einem aus den Bildern von Straub und Droganitz angedeutet, und vor Pabes Bildern werden die Menschen des Ostens in der Landschaft des Ostens zu verorten. Aus der Riesengebirgs- und der Böhmerland- und Pöges auf, die „Schneeberge“ von Biel sowie die schüßig hingeworfene Ollavie Hübners. Glänzende oberflächliche Typen erkennt man in den großformatigen Arbeiten S. Mialeks, und einen Blick in die oberflächliche Schwermüdigkeit vermittelt eine ungemünzte farbige Öllavie von Grete Wlabau. Beachtenswert sind auch die Bilder des heiligen Raumas, der mancher dem dortigen Ostslawen Charakteristischer zeigt, lo die ganz herortgerichtet „Quartiere“ von Werner Ende und einige Tempera-Studien von Marta Fellmann. Es ließe sich noch auf viele Gemälde, Zeichnungen und Studien hinweisen. Aber am besten ist es: selber hingehen und selber sehen!

## Schnelch nach Polenliedern.

Der „Dziennik Berlinki“ nimmt die deutsch-polnische Verbindungsaktion zum Anlaß, um der Polenstimmwärmerei der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts ein würdevolles Gedenken zu widmen. „Ein gutes Jahrhundert trennt uns“, so heißt es da, „von der Zeit, da das deutsche Volk Gefühle und Werte schenkte, die gegenüber den vertriebenen Polen heute Hundert Jahre später noch die polnischen Wanderer gemüht, die mit Tränen in den Augen die der Arbeit verbannten polnischen Emigranten aufnahmen... Die von Begeisterung für die polnischen Helden und den himmelwärts schwebenden weißen Adler durchdrungenen Verse stammen aus der Feder deutscher Dichter, für die das bemothete Polen die „Personifizierung des Heimatslandes“, aber auch des unglücklichen Polens wurde. Die deutschen Polenlieder sind... überaus poetische Dichtung, voll echten Feuers und edler Gut verfasste Verse, die manchmal aufmerksamer, dann wieder religiöser oder allgemein-menschlicher Tone anklagen. Von den Polenliedern geht ein Strom wahrer Begeisterung für die polnische Sache aus. Dutzende von Versen tühnten die polnischen Aufstände, andere aber waren wohl über den polnischen Wanderer gemüht, die in Massen nach den Aufständen in die Emigration nach Frankreich, der Schweiz und Amerika durch Deutschland zogen... Vor hundert Jahren nur man über die Polen entzündet und bewunderte sie, aber dann vergaß man sie...“ Und gerade jetzt, meint der „Dziennik Berlinki“, ist es am Platze, „manche Deutsche an diesen Gedenktagen die polnischen Wanderer mit den Polen zu erinnern.“ Man kann es dem „Dziennik Berlinki“ nicht nachsagen, daß er die Zeiten wieder herbeispielt, in denen es in Deutschland sojuzug zum „guten Gen“ gehörte, wenigstens einmal im Leben ein Gedicht über den Heldentum des polnischen Kriegers, über den Edelmut des polnischen Volkes im allgemeinen und der Aufständischen im besonderen, über den Reiz der polnischen Frauen und über den himmelstreichenden Schwarm der polnischen Flüchtlinge zu lesen, die sich in hundert Jahre vergangen. Und der „Dziennik Berlinki“ läßt wohl besser daran, an diese Zeit der „Polenlieder“ nicht mehr zu erinnern. Denn was damals von romantisch veranlagten Poeten voll erdbeerender Rhapsodie den Emigranten endgültig und angelegentlich worden ist, das wird im großen Maße der polnischen Kataklysmen, wie sie die letzten anderthalb Jahrzehnte gebracht haben, schwerlich befehen. Die Zeit ist nicht dazu gekommen mit „Kameraden“ in der Hand zu kumpeln und es gibt keine „Brennölung vor“, „Verse soll eben Feuers und edler Gut“ auf einen Axtbarn zu verschütten, der als „Kampfer“ deutscher Art eine betrübliche Rolle gespielt hat. Es ist beiden Teilen besser gebient, wenn man an die Regelung der gegenläufigen Beziehungen mit klaren Augen, mühevollen Berstand und profanen Worten herangeht. Die Rhetorik mit sich selbst dazu führen, das gering zu achten, was ein anderer Volkstum groß und adrehtwert ist.

## Die Polen in der mittleren Ostmark.

„In begrifflicher Aufregung ist die polnische Presse durch die Entschloßene verkehrt worden, daß die Polen der mittleren Grenzmark am 12. November nahezu hundertprozentig mit „Ja“ gestimmt haben. Die „Polska Zgodnosc“ hat eben Gebräut, um für dieses ihr gemäß sehr überhöhten gekommene Ereignis eine „polnische“ Erklärung zu finden. Man kann nicht bezweifeln, daß die polnische Regierung ihre Erklärung, die besonders übermäßig ist, ohne „Erklärung“ läuft natürlich darauf hinaus, daß der „Error“, dem die Polen in Groß-Donau, Klein- und Groß-Polenmüchel, Alt- und Neu-Krompzig ausgesetzt waren, „noch größer“ als in den anderen Landesteilen gewesen sein müßte. Die „Mittel“, zu denen Deutschland gestimmt hat, um die „armen Polen“ klein zu kriegen, sind, wie die „Polska Zgodnosc“ verifiziert, „für den Durchbruch nicht nur über getraditionelle Grenzen“ zu gehen. Für irgendwelche Propagandastärke, heißt es weiter, „drohte eine Kugel in den Kopf, und zwar an Ort und Stelle und ohne irgendeine Gerichtsverhandlung“. Jede Freiheit, nicht nur der Wahl, sondern auch der Teilnahme an der Wahl selbst, die den deutschen Bürgern vollständig genommen werden. Wer etwa lo möglich gewesen wäre, nicht an der Wahl teilzunehmen, für den habe die polnische Bevölkerung in der Grenzmark „in einer furtherbaren hitlerischen Junge und in einer Gebe ohne Ausnahme“ befunden. Die „Polska Zgodnosc“ hat bei dieser Art von „Demeinigung“ verschiedene Dinge nicht genügend beachtet: Über am 12. November etwa glaubte, die Polen vor Verhinderung von der Wahl irgendeiner Gefahr zu haben, was sich immer noch die Möglichkeit, in der Wahl der Wahl, halb haben die Polen der mittleren Grenzmark nicht daselbe getan, wie die Polen in den Kreisen Stumm oder Slatow? Wenn sie sich der Stimme enthalten oder mit „Nein“ hätten stimmen wollen, dann hätten sie das doch ebenlogut tun können, wie die Stummer und Slatower Polen. Wenn die „Polska Zgodnosc“ nun aber die Kategorie, daß die Polen in den Kreisen Donau und Mieritz, die sich Stumm ergeben haben, nicht in der „Kategorie“ der „Ja“ stimmen, die gemeinen sein sollen begründet, dann enthält diese Deutung doch offensichtlich den Vorwurf mangelnden Mutes. Es ist kaum anzunehmen, daß die polnisch sprechenden Bewohner von Groß-Donau usw. damit einverstanden sein werden, von der „Polska Zgodnosc“ lo behandelt zu werden, als lo nur aus Angli und Selbstheit für die NSDAP, und mit „Ja“ gestimmt hätten, und als lo je weniger Kategorie als die Polen in, z. B. in Slatow brähen.

## Ostdeutsche Lyrik.

Unser Mitarbeiter Heribert Menzel gibt im Verlag von Wolf Heyer (Berlin W 30) jedoch einen Gedichtband heraus: „Im Märzsteil der S.A.“. Gewidmet ist das Buch dem Schirmherrn der Landesgruppe Ostmark des BDO, Pp. Siegfried Rasch. Unseren Vortritt ist der junge Dichter der Grenzmark, der Verfasser des Romans „Umrittene Erde“ und mancher anderen Ostdieter, aus seinen Vere- und Profarbeitstragen bekannt. Wieder weiß er die Herzen der Menschen zu packen; er selbst hebt als S.A.-Mann im Kampf um Deutschlands Erneuerung, der er auch dieses Buch widmet. Dies ist kein Wablspruch:

Es ziemt dem deutschen Dichter  
Kampf gegen's Schicksal,  
Gegen die Feinde rings,  
In seinen Besen muß er Crommeln schlagen,  
Das Sturmband tragen  
Um's schmale Gesicht.

Sein Fackelgebet lautet:

Wir sind nicht Männer schon, sind fast noch Knaben,  
Doch Deutschland braucht uns, und wir jagen nicht.  
Was wir an Feinden Kräften in uns haben,  
Nimm es, o Vater, denn es lebt an Licht.

Er grüßt Walter Flex:

Du hast durch deinen Opfertod befestigt,  
Was besser Sinn in deinem Lied war,  
Und aller Deutschen Herzen die erzieht,  
Dir folgt auf ewig unsere junge Schar.

Aus dem Gedanken des Sozialismus erwächst der Einheitswille der S.A.:

Uns hat das Blut der Opfer  
Sich immer zusammengefloht.  
Ein Herz in uns, ein Wille,  
Ein Rhythmus und ein Geist!  
So ziehen wir zur Arbeit,  
So leben wir vom Acker.  
So reißt sich vor dem Führer  
Zur Einheit Schar an Schar.  
So in uns Gott und Erde  
Und Tod und Lebenssaft,  
So aus dem Stroh und Werde  
Wächst Deutschlands Sügelkraft.

Aus diesen wenigen Proben — auf einen Sprecher, der das Buch abschließt, ist besonders hingewiesen — ersehen die Leser, in welcher Weise der Dichter Mittelstandler und Mitkämpfer seiner Zeit ist. Wir freuen uns, daß die Grenzmark Posen—Westpreußen, die soviel gelitten hat, in ihm den Kinder des Dritten Reiches fand.

Ein anderer Mitarbeiter, der Ostpreuße Erik Rudnig, legt die 2. Auflage seines Gedichtbuches: „Das Wunder am Meer“ (Gräfe und Unzer, Königsberg/Pr.) vor, das ein Hohelied auf die einzigartigen Schönheiten der Kurischen Nehrung ist. Als Geschenkwerk eignet es sich aus besond. besonders, weil es mit einer Fülle herrlicher und charaktervoller Aufnahmen ausgestattet ist. Aus Bild und Vers wird ein Glück empfunden:

O grenzenloses Glück des großen Seins,  
Zu fühlen, du und ich — tief sind wir Eins;  
Ein Wunder, tief in jedem Ding erwehrt,  
Das Wunder: Gott! wird durch uns offenbar.

Ein deutscher Dichter singt hier das Lied einer deutschen Landschaft: in uns das Meer und Dine. Dankbar werden wir immer wieder in vielen Besen blättern.

Dr. E.

## Deutsche Volksgenossen! Ostpreußen!

Der Nationalsozialismus hat dem deutschen Osten wieder jene Bedeutung beigegeben, die ihm im Gesamtleben der Nation zukommt. Der Osten ist das deutsche Schicksalsland. Aber nie werden Programme, Gesetze und Maßnahmen der Regierung allein dem deutschen Osten wirkliche Hilfe bringen können. Es gilt, eine klare Willensfront im deutschen Volke zu schaffen, die für die Aufgaben und die Sendung des deutschen Ostens tatkräftig eintritt.

Daher entstand nach dem Willen unseres Führers der

### Bund Deutscher Osten

In ihm sind alle bisherigen Ostverbände und -vereine aufgegangen; denn für eine große Idee kann es nicht mehrere Organisationen geben. Der Bund Deutscher Osten ist der große Volksbund und Kampfbund aller Deutschen, die erkannt haben, daß die Aufgaben des deutschen Ostens eine Sache des ganzen deutschen Volkes sind, der sich niemand entziehen darf.

Aus diesem Willen ergibt sich ein weitgespannter Aufgabekreis: Der BDO hat im ganzen deutschen Volke das Bewußtsein von der Sendung und der Aufgabe des Ostens zu erschaffen. Eine großzügige Osterarbeit wird im ganzen Reich vom BDO ins Werk gesetzt. Besonders entscheidend sind die Aufgaben des Bundes in Ostpreußen. Auch heute noch gilt es, wie in den Zeiten der Abstimung, zu wachen und zu arbeiten, damit es ewig wach bleibe:

#### „Dies Land bleibt deutsch!“

Der BDO hat an den Grenzen die Arbeit der Heimatdienste und Heimatvereine übernommen. Seine Hauptaufgabe liegt in der gesamten Grenzlandarbeit:

Abwehr gegen alle feindliche Wühlarbeit und unredertigten Ansprüche auf ostpreußisches Land, Erschließung der ostpreußischen Volksgenossen zu ihren nationalsozialistischen Grenzlandaufgaben in Volkshochschulen, Volkshilfsvereinen, Kindergärten im Grenzgebiet, Vorträgen usw., Förderung aller heimattlichen Kultur in Stadt und Land.

Unsere Arbeit steht im Dienste der Heimat. Die nationalsozialistische Weltanschauung hat uns frei gemacht von fremden völkerverfälschenden Theorien und Programmen. Wir wollen zurückkehren zu den ewigen Kräften im deutschen Volkstum und Heimatboden. Aber unsere Liebe zur Heimat soll nicht allein in Liebern, Worten und Gedankenmissen ihren Ausdruck finden, denn unsere Arbeit ist politisch getragen von der Verantwortung gegenüber unserer gefährdeten Provinz. Im BDO finden sich alle Volksgenossen, die im Osten das deutsche Schicksalsland sehen.

#### Wie Ostpreußen gehören alle dazu!

Deshalb ergeht an alle ostpreußischen Volksgenossen die Forderung:

#### Stärkt unsere Arbeit, tretet ein in den Bund Deutscher Osten

Unsere Landesgeschäftsstelle befindet sich Königsberg, Pr., Mitteltragsheim 31, Fernruf 33460  
gcs.: Dr. Theodor Oberländer

Landesführer der Landesgruppe Ostpreußen des Bundes Deutscher Osten.

